

Pressemitteilung

18.02.2025

Über 130 Organisationen fordern: Solidarische Gesundheitsversorgung statt Ausgrenzung

Berlin (dvsg) Für einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland und ein klares Bekenntnis zur Solidarität und für Zusammenhalt – dazu ruft Ärzte der Welt gemeinsam mit 136 Verbänden, Gewerkschaften und Organisationen auf. „Mit der Unterzeichnung des gemeinsamen Appells Gesundheit unteilbar treten wir gegen Ausgrenzung und für einen gerechten und diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem ein. Damit wollen wir gemeinsam mit vielen weiteren Akteur*innen kurz vor der Bundestagswahl ein starkes Zeichen für Zusammenhalt und Solidarität setzen, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht“, betonte der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen (DVSG), Prof. Dr. Stephan Dettmers, anlässlich der heutigen Veröffentlichung des Appells.

Alle unterzeichnenden Organisationen zeigen sich besorgt über populistische und menschenverachtende Aussagen bis weit in die politische Mitte hinein. Rechtsgerichtete Kräfte nutzen die Unzufriedenheit vieler Menschen mit dem Gesundheitssystem aus, um gegen Migrant*innen, Geflüchtete und andere marginalisierte Gruppen zu hetzen. Anstatt strukturelle Probleme in der Gesundheitsversorgung anzugehen, werden durch derartige Tendenzen Gruppen gegeneinander ausgespielt. Eine Politik, die Grenzen schließen, Migration verhindern und Sozialleistungen für ohnehin benachteiligte Personengruppen streichen will, trägt nicht zu Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung bei, im Gegenteil: sie wird diese weiter verschlechtern. Neben dem Aufruf zur Solidarität und für eine bedarfsgerechte, diskriminierungsfreie gesundheitliche Versorgung aller Menschen werden in dem Appell konkrete Forderungen gestellt. Dazu gehören neben der Schaffung eines einheitlichen, sozial gerechten und nachhaltig finanzierten Krankenversicherungssystems beispielsweise auch multiprofessionelle Primärversorgung, die wohnortnah, niedrigschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet sind. Weiterhin ist eine gemeinwohlorientierte, miteinander verzahnte ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung inklusive Notfallversorgung dringend geboten.

Für die gesundheitsbezogene Soziale Arbeit sind die Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Gesundheit bzw. Krankheit sehr bedeutsam. Soziale Faktoren nehmen Einfluss auf die Entstehung von Erkrankungen und gesundheitlichen Störungen. Umgekehrt können psychosoziale Probleme entstehen oder zunehmen, wenn Menschen erkranken oder mit einer Beeinträchtigung leben. Damit gehen individuell reduzierte Möglichkeiten der umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe einher. Professor Dettmers führt dazu aus: „Aus unserer Perspektive sind ausreichend finanzierte niederschwellige gesundheitliche und psychosoziale Versorgungsangebote für marginalisierte Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Bedarfen (z. B. geflüchtete, von Gewalt betroffene oder wohnungslose Menschen) sowie die stärkere Berücksichtigung von Prävention und Gesundheitsförderung und (psycho)sozialer Faktoren unabdingbar. Diese Forderungen aus dem Appell müssen durch die künftige Bundesregierung dringend aufgenommen werden.“

Weitere Informationen zum Appell „Gesundheit unteilbar“ unter <http://aerztederwelt.org/unteilbar>

Pressekontakt:

DVSG e. V. | Ingo Müller-Baron, Telefon: 0178 8012148, E-Mail: ingo.mueller-baron@dvsg.org